
Auszug aus dem Protokoll

Sitzung Nr. 3
Datum 30. Mai 2018

13 1.525. Jahresbericht Gemeinde

Jahresbericht 2017; Kenntnisnahme

GPK-Sprecher Jürg Jenni (GFL): Die GPK dankt für den anschaulichen und interessanten Bericht und wird bei den einzelnen Kapiteln ihre Fragen einbringen.

Bruno Vanoni (GFL): Der Jahresbericht liegt uns nun zum dritten Mal in der neu gestalteten, attraktiveren Form vor und wir haben den Eindruck, dass die in den beiden Vorjahren noch bemerkbaren Kinderkrankheiten behoben sind. Grundsätzlich haben wir den gleichen positiven Eindruck wie in den beiden Vorjahren. Darum könnten wir bei den allgemeinen Bemerkungen das Gleiche sagen wie in den beiden Vorjahren und wir könnten folglich auf diese Wiederholung verzichten. Aber wir tun das nicht, sondern wiederholen gerne: Wir danken der Verwaltung und dem Gemeinderat für den interessanten und informativen Bericht, der übersichtlich gliedert und mit guten Fotos dokumentiert ist. Wir fügen gerne hinzu: Wir danken vor allem für die geleistete Arbeit, die dahinter steckt. Bei allem Lob über die attraktive Gestaltung dürfen wir ja nicht vergessen, dass die Behörden und die Mitarbeitenden der Verwaltung in diesem Bericht eigentlich Rechenschaft darüber ablegen, was sie im letzten Jahr gearbeitet und erreicht, oder auch nicht erreicht haben. Auch in diesem Sinne ist es ein eindrücklicher Bericht, der es verdient, genau gelesen und wo nötig auch besprochen zu werden. Und es ist ein Bericht, der eigentlich auch eine grössere Verbreitung verdient, über unseren Kreis hier im GGR hinaus. In diesem Sinne würde mich interessieren, wie viele Leute eigentlich von der Möglichkeit Gebrauch machen, den Bericht zu bestellen bzw. wie hoch die Auflage ist. Bei der Lektüre sind bei uns einige Fragen aufgetaucht, die wir vorgängig bei der Gemeindeverwaltung zur Klärung eingereicht haben. Für die erhaltenen Antworten möchten wir herzlich danken. Wir haben zum Beispiel erfahren, dass die Abfallsammelstellen gegenüber früheren Planungen nicht mehr unter den Boden verlegt werden sollen. Oder wir haben auch erfahren, dass der Ausschuss Schulraumplanung in den nächsten zwei, drei Jahren Vorschläge unterbreiten muss, wie man den wachsenden Schulraumbedarf decken kann. Wir kommen bei der kapitelweisen Beratung nicht mehr auf alles zurück.

Stefan Stock (FDP): Die FDP-Fraktion dankt einmal mehr den Verfassern des sehr gelungenen Jahresberichts und der Berichterstattung. Anstatt daraus zu zitieren, erzähle ich euch, was ich herausgefunden habe, aber so definitiv nicht gelesen habe. So haben die Sekundarschüler letztes Jahr ein Flugzeug entführt und mit 1'600 Geiseln eine feucht-fröhliche Weltreise unternommen. Als Strafe müssen zukünftig alle Schüler eine Woche länger die Schulbank drücken. Ausserdem hat meine Interpellation aufgedeckt, dass Frauen bei der Gemeindeverwaltung im Durchschnitt 1.6 % weniger als die Männer verdienen. In Wahrheit machen aber nur drei Frauen der Tagesschule die ganze Lohndifferenz aus, worauf diese gekündigt haben und ins Nachbardorf gezogen sind. Blöderweise haben diese ihre Ehemänner mitgenommen, wodurch der Gemeinde 1,5 Mio. Franken Einkommenssteuern entgangen sind. Man munkelt, der Gemeinderat versuche, diese mit einem eigenen Grundstück von total 1'900 m² wieder zur Rückkehr zu bewegen. Zurück zum Ernsthaften: Die FDP fragt sich, wie grundsätzlich Motionen in den politischen Prozess eingebaut und zu welchem Zeitpunkt diese abgeschrieben werden. Im Besonderen stellt sich die Frage, warum meine Baurechts-Motion abgeschrieben werden soll, ohne dass vermerkt ist, wodurch sich der Ge-

meinderat zukünftig der Motion verpflichtet fühlt. Falls diese Frage nicht zufriedenstellend beantwortet werden kann, werde ich der Abschreibung nicht zustimmen.

Markus Burren (SVP): Ich mache es kurz, die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den Jahresbericht. Für uns ist das Wesentliche enthalten, es braucht nicht mehr. Wir behaupten, dass nicht 50 Prozent der Anwesenden den Jahresbericht von A bis Z gelesen haben. Danke vielmal.

Michael Fust (SP): Ich gehöre in dem Fall zu diesen 50 Prozent, die den Jahresbericht gelesen haben und möchte im Namen der SP-Fraktion für den ansprechenden und übersichtlichen Jahresbericht danken. Wie wir schon in den Vorjahren gesehen haben, ist er ansprechend gestaltet, angenehm illustriert und die Texte haben eine gute Länge und sind auch für Laien leicht verständlich. Insofern steht dem Lesevergnügen wenig im Weg. Wer sich einen Überblick verschaffen will über unsere Gemeinde, findet auf diesen rund 40 Seiten des Berichts Vieles und kann nachvollziehen, was in Zollikofen im letzten Jahr gelaufen ist und wie unsere Gemeinde funktioniert. Alle, die es noch ein bisschen genauer wissen wollen, finden in den Anhängen "Zahlen & Tabellen" und im Umsetzungsprogramm einiges mehr an spannenden Informationen. Für uns ist das ein Produkt, das man gerne jemandem in die Finger drücken kann. Wir würden es durchaus begrüssen, wenn es nicht nur in unserem kleinen Kreis Anwendung finden würde, sondern wenn weitere Leute aus Zollikofen oder auch Gäste damit in Kontakt kommen würden. Entsprechend würde mich persönlich die Frage von Bruno Vanoni auch interessieren. In diesem Sinne herzlichen Dank der Verwaltung und dem Gemeinderat, wir nehmen den Bericht gerne zur Kenntnis.

Petra Spichiger (SP): Jedes Jahr lese ich sehr interessiert das Umsetzungsprogramm. Ich finde es spannend, welche Tätigkeiten erfüllt werden und wie sie gekennzeichnet werden (erfüllt, nicht erfüllt oder teilweise erfüllt). Wenn man es überfliegt sieht man, es ist von allem etwas dabei. Und ich schätze den Mut des Gemeinderats sehr, Tätigkeiten auch als nicht erfüllt zu markieren. Wenn ich aber genauer hinsehe verstehe ich manchmal nicht, wie die Einstufungen zustande kommen. Ich möchte zwei Beispiele nennen: Beim Punkt 2.5, Sanierung Eichenweg/Länggasse heisst es, man berücksichtige die Benutzer bei der Sanierung. Die Antwort fällt als teilweise erfüllt aus, weil die Bauarbeiten erst später anfangen und man habe die bfu miteinbezogen. Also gehe ich davon aus, dass ein Teil der Berücksichtigung erfüllt ist und es gibt ein "teilweise erfüllt" daraus. Als Gegenbeispiel Punkt 1.4, Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse besuchen eine GGR-Sitzung. Zwei Klassen haben eine Sitzung besucht, 50 Prozent waren da, es heisst, es ist erfüllt. Sind denn 50 Prozent, die nicht da gewesen sind, nicht erfüllt? Mir würde es helfen, wenn wir herausfinden würden, nach welchen Kriterien die Tätigkeiten beurteilt werden.

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Die aufgeworfenen Fragen kann ich wie folgt beantworten. Der Bericht hat eine Auflage von 220 Exemplaren. Wir geben jedes Jahr im MZ öffentlich bekannt, dass man diesen bestellen kann, auch die Jahresrechnung kann von der Bevölkerung bestellt werden. Es werden in der Regel etwa 20 Exemplare von Bürgern, die nicht in einer Gemeindebehörde tätig sind, bezogen. Weiter nehmen wir den Jahresbericht auch mit an das Wirtschaftsapéro Wizo und legen ihn auf. Wenn wir auf Firmenbesuch gehen, nehmen wir ein, zwei Exemplare mit und geben sie dort ab. Meistens gehen wir dann aus dem Haus mit dem entsprechenden Geschäftsbericht der besuchten Institution. Ebenfalls am Neuzuzügeranlass nehmen wir Jahresberichte mit, die gelegentlich von den Teilnehmenden mitgenommen werden.

Zur Frage von Stefan Stock betreffend Motion: Es kommt darauf an, was die Motion für einen Text hat. In der Motion zum Baurecht ist keine Verpflichtung enthalten, dass eine Reglementsänderung vorgelegt werden müsse. Damit hat es zu einem einfachen GGR-Beschluss geführt. Diese gehen nicht einfach verloren, sondern sind öffentlich aufgeschaltet, der Gemeindeschreiber verfügt über die gefassten GGR-Beschlüsse, die sind durchaus vorhanden. Wenn wir die Motion jetzt nicht abschreiben, bleibt sie einfach auf der Liste der nicht abgeschriebenen Vorstösse. Wir wissen dann auch nicht, was wir noch zusätzlich machen sollten

oder wann der richtige Zeitpunkt für die Abschreibung wäre. Das, was die Motion verlangt hat, ist hier bestätigt und zum Beschluss erhoben worden. Für uns ist es also erledigt. Wir wissen nicht, was wir mehr machen sollten, als künftig bei den Landgeschäften die Verpflichtung entsprechend auch zu berücksichtigen. Das werden wir machen, ob die Motion auf der Liste aufgeführt bleibt oder nicht.

Zur Frage von Petra Spichiger: Wir ertappen uns im Gemeinderat gelegentlich dabei, dass wir kritischer werden und die Beurteilung zurückstufen. Lest nur die Tätigkeit 2017, die ist massgebend für die Beurteilung, nicht etwa der Zustand oder der Lösungsansatz. Die Berichterstattung sollte eigentlich dazu führen zu erkennen, wie man zur entsprechenden Beurteilung gekommen ist. Manchmal ist es auch nur in diesem Jahr noch nicht erfüllt, vielleicht dann schon anfangs 2018, aber dann war es 2017 eben noch nicht erfüllt. Nachdem was du gesagt hast zum Tätigkeitsprogramm der GGR-Besuche wäre es für mich auch nur teilweise erfüllt, mir fehlen aber gerade die Kenntnisse, wie wir zu dieser Beurteilung gekommen sind. Wir versuchen dort wirklich mit uns selber streng zu sein und uns nicht in ein besseres Licht zu rücken.

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Wir kommen nun zur Detailberatung des Jahresberichts.

1. Präsidiales (S. 1 – 13)

GPK-Sprecher Jürg Jenni (GFL): Die GPK hat folgende Fragen. S. 6, RSS-Feed: Wird das Tool genutzt? Wie wurde die Einführung bekannt gegeben? S. 8, Personalwesen: Was beinhalten die 1,3 % Lohnsummenwachstum (gemäss Lohnsystem vorgeschriebene Lohnanpassung in Folge Dienstaltes und individuelle Lohnanstiege aufgrund von Leistungsbeurteilungen)? S. 12, Landbesitz: Hat man den erwähnten Rahmenkredit einfach für allfällige Landerwerbe auf der Seite?

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Zum RSS-Feed: Eine Messung über den Einsatz dieses Instruments ist unsererseits nicht möglich. Noch eine ergänzende Information zur Nutzung: Diese ist zurzeit nur mit dem Internet-Explorer möglich. Leider unterstützen andere Browser (wie Google Chrome, Safari oder Edge) diese Technologie nicht. Dies liegt nicht an unserer Website, sondern am eingesetzten Browser. Wir haben das prominent platziert auf der Startseite der Gemeindefree, weil es ja etwas ist, das man nur in Zusammenhang mit der Website verwenden kann. Es wurde auf weitere begleitende Kommunikationsmassnahmen ausserhalb der Website verzichtet.

Zum Lohnsummenwachstum: Dies ist die massgebende Quote, welche auf den Bruttolöhnen des Vorjahres für die individuellen Gehaltsaufstiege zur Verfügung gestellt wird. Das Pendant dazu wären allenfalls generelle Gehaltsaufstiege. Von diesen würde man sprechen, wenn man zum Beispiel eine Teuerungszulage ausrichten würde. Die Quote von 1,3 % entspricht nominal rund Fr. 64'000.00. Im Lohnsystem werden damit sowohl Erfahrungsaufstiege (vor allem in den Jahren nach dem Berufseinstieg) sowie die individuellen Lohnerhöhungen ausgerichtet. Dabei spielen unter anderem die Resultate aus der Leistungs- und Verhaltensbeurteilung eine massgebende Rolle. Zum Vergleich: Das Lohnsystem, BEREBE genannt, sieht ursprünglich eine jährliche Quote von 1,5 % vor, damit dieses richtig funktioniert. Dieser Wert konnte in Zollikofen unterschritten werden, weil sich weniger Mitarbeitende im Bereich des Erfahrungsaufstiegs befinden und somit dort weniger Mittel beansprucht werden.

Zum Rahmenkredit: Anlässlich einer Urnenabstimmung 1982 haben die Stimmberechtigten einen Rahmenkredit von 2,5 Mio. Franken für Landerwerbe beschlossen. Dieser Kredit ist zeitlich nicht befristet. Somit stimmt die Vermutung, dass der Restkredit von 2,1 Mio. Franken für allfällig später notwendig erscheinende Landerwerbe reserviert bleibt.

2. Finanzen (S. 14 – 19)

GPK-Sprecher Jürg Jenni (GFL): Die GPK hat folgende Fragen. S. 16: Der Kommission fehlt ein Kommentar zu den Auswirkungen der regen Bautätigkeit in Zollikofen auf den Steuerhaushalt. S. 18, Pensionskasse: Wie sieht der Deckungsgrad der Pensionskasse per 31. Dezember 2017 aus? Wer ist dieser Pensionskasse angeschlossen?

Gemeinderat Kurt Jörg (SVP): Die Bevölkerungsentwicklung wird jeweils im Budgetprozess laufend berücksichtigt, damit werden auch die Steuereinnahmen berücksichtigt. Der Deckungsgrad der Pensionskasse beträgt per Ende 2017, 113.47 %. Angeschlossen an der Pensionskasse sind die Mitarbeitenden der Gemeinde, des Alters- und Pflegeheims Bernerrose, des Sportzentrums Hirzenfeld, der Kindertagesstätte und der ALP Grauholz.

Mario Morger (glp): Nebst dem Deckungsgrad ist auch interessant zu wissen, wie denn der Technische Zinssatz ist, also, welche Annahmen gemacht worden sind um den Deckungsgrad zu berechnen.

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Den technischen Zinssatz haben wir bei Rechnungsabschluss von 2,5 auf 2,0 reduziert.

3. Bau und Umwelt (S. 20 – 25)

Toni Oesch (fdU): Bereits im Vorwort des Präsidenten steht schon etwas über die Untat an der Bernstrasse 3 auf Seite 22. Das war die Tragödie am Dorfeingang von Zollikofen. Die Weiternutzung hätte Fr. 90'000.00 gekostet. Dazu muss ich sagen, dass sechs Jahre vorher der Bauingenieur ETH, Jürg Berger, ehem. FDP-Mitglied im GGR gesagt hat, dass die Statik und die Wohnungen in Ordnung seien. Der langjährige Mieter hat von sich aus Offerten eingeholt, weil er den Betrag von Fr. 90'000.00 als unglaublich angesehen hat. Man hätte sagen können, Fr. 20'000.00 wären genügend. Das Haus ist danach besetzt worden. Mich würde interessieren, wer dahinter steckte, was das für Leute waren. Meine zweite Frage ist: Was hat die Gemeinde nun im Sinn mit dem Brachland?

Vizegemeindepräsidentin Mirjam Veglio (SP): Ich habe die erste Frage nicht ganz verstanden, das müsste man noch präzisieren. Zur zweiten Frage: Das ist eine Zone für öffentliche Nutzung, im Moment gibt es keinen Plan, was man mit dem Landstück machen möchte. Das haben wir schon in der Beratung im Grossen Gemeinderat gesagt.

Toni Oesch (fdU): Ich wiederhole die Frage gerne: Es hat nur geheissen, eine Interessengruppe habe das Haus besetzt. Wer stand dahinter? Das war juristisch nicht in Ordnung, aber ich habe die Leute begriffen, dass sie empört waren.

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Die Interessengruppe hat sich Barbaletta genannt. Eine personalifizierte Feststellung haben wir nicht gemacht. Die Personalien wären festgehalten worden, wenn eine polizeiliche Räumung nötig gewesen wäre. Wir wissen bis heute nicht, wer konkret dahinter stand. Schlussendlich waren wir froh, dass wir die Besetzung ohne polizeiliche Räumung friedlich beenden konnten. Wir sind dem nicht mehr weiter nachgegangen.

Andreas Buser (glp): Ich habe eine Verständnisfrage zu S. 22, Amphibienweiher Buchswald: Es steht, eine Rodungsbewilligung sei nötig gewesen. Gleichzeitig steht auch, dass keine Bäume gefällt wurden.

Vizegemeindepräsidentin Mirjam Veglio (SP): Das ist rein eine technische Bezeichnung, dass es die Rodungsbewilligung gebraucht hat, darum hat das auch relativ lange gedauert. Aber es mussten effektiv keine Bäume gefällt werden, weil man es quasi mit einem anderen Stück kompensieren konnte.

4. Tiefbau-, Ver- und Entsorgung (S. 26 – 31)

GPK-Sprecher Jürg Jenni (GFL): S. 30, Öffentliche Beleuchtung: Welche Einsparungen sind dank Umrüstung auf LED für den Unterhalt zu erwarten?

Gemeinderat Peter Traber (SP): Es ergeben sich zwei wesentliche Einsparungen bezüglich Unterhalt. Der Unterhalt wird vom Personal des Werkhofs betrieben. Mit LED sind weniger Reinigungen erforderlich. Bis jetzt musste man die Beleuchtung alle zwei Jahre reinigen, neu geht man davon aus, dass sie nur noch alle vier Jahre gereinigt werden muss. Das muss natürlich im laufenden Betrieb noch sichergestellt werden. Ausserdem ist die Nutzungsdauer der Leuchtmittel deutlich länger. Bisher mussten sie alle vier Jahre ersetzt werden, die LED-Leuchtmittel müssen voraussichtlich nur noch alle 25 Jahre ersetzt werden.

5. Bildung (S. 32 – 37)

GPK-Sprecher Jürg Jenni (GFL): S. 36, Musikschule: Besteht mehr Raumbedarf? Sind Engpässe zu erwarten? Sind die Bedürfnisse der Musikschule mit denjenigen der Sekundarschule vereinbar?

Vizegemeindepräsidentin Mirjam Veglio (SP): Ich kann die drei Fragen wie folgt beantworten. Bei der Musikschule kann man keine Abweichung der Erfahrungswerte erkennen, es bewegt sich immer etwa im gleichen Rahmen. Im Moment sind keine Engpässe zu erwarten, ich komme nachher noch darauf zurück. Die dritte Frage betrifft einen etwas schwierigen Fokus. Man darf die Musikschule eigentlich nicht nur mit den Räumlichkeiten der Sekundarschule in Verbindung bringen. Die Musikschule hat zwar am liebsten die Räume in der Sekundarschule, aber der Raumbedarf geht in erster Priorität an den Unterricht der Schule und erst in zweiter Priorität an die Musikschule. Ihr steht aber im Geisshubelschulhaus ein Musikzimmer zur eigenen Verfügung oder auch im Steinibach ein Musikzimmer, das sie jeweils an den Nachmittagen brauchen kann. Daneben sind einfach die Räume verfügbar, die nicht durch den Unterricht belegt sind. Das muss man jeweils vor Beginn eines Schuljahrs koordinieren. Der Lehrplan 21 hat eine höhere Lektionenzahl zur Folge. Dadurch wird der Spielraum natürlich etwas enger. Man hat aber gesehen, dass der Mittwochnachmittag in der Regel gar nicht so eng wird wie vorgesehen und es hat aus heutiger Sicht immer noch genug Platz für die Musikschule.

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Wir kommen zum Teil "Zahlen & Tabellen". Wir gehen in die Detailberatung.

2. Präsidiales (S. 5 – 8)

Mario Morger (glp): Seite 8, Verkehrserhebungen: Zwei Aspekte stechen hervor. Zum einen die nach wie vor sehr hohe Verkehrsbelastung an der Bernstrasse, zum anderen ein hoher Anteil Schwerverkehr an der Kirchlindachstrasse. Wo sieht der Gemeinderat Möglichkeiten, dies in Zukunft an die Hand zu nehmen?

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Es gibt ein schönes Sprichwort: "Prognosen sind schwierig, vorallem wenn sie die Zukunft betreffen". Konkret bei der Bernstrasse setzen wir gewisse Hoffnung auf das Verkehrsmanagement Bern-Nord, das beschlossen ist. Es befindet sich noch in den letzten Vorbereitungsphasen, bevor es zur Ausführung kommt. Die Steuerungen, die intelligenten Rechner, die den Verkehrsfluss rund um Bern verträglicher machen sollen. Interessant ist: Viele Leute sagen auch in den Sprechstunden bei mir, der Verkehr auf der Bernstrasse nehme immer zu. Ihr findet in den Verwaltungsberichten der letzten 10 bis 12 Jahre Werte, die genau gleich oder sogar höher waren. Die Steigerung des Schwerverkehrs bei der Kirchlindachstrasse vom einen zum anderen Jahr kann ich nicht erklären. Wir haben vor einiger Zeit geschaut, dass wir den Schwerverkehr nicht weiter in den Wohnquartieren haben, indem wir auf den Quartier-Sammelstrassen (Alpenstrasse,

Landgarbenstrasse) das Lastwagenfahrverbot signalisiert haben. Das bedeutet natürlich, dass man möglichst schnell auf die Kantonsstrasse gehen und nicht durch die Quartierstrassen fahren soll. Das ist eine bewusste Lenkung.

3. Finanzen (S. 9 + 10)

Michael Fust (SP): S. 9, Steuerertrag: Der harmonisierte Steuerertrag pro Kopf ist bei der Gemeinde Zollikofen im Jahr 2017 um rund 55 Franken pro Kopf höher gelegen als 2016. Gleichzeitig können wir der Jahresrechnung entnehmen, dass der allgemeine Fiskalertrag tiefer liegt als im Vorjahr. Als Laie konnte ich das nicht nachvollziehen.

David Portner, Finanzverwalter: Es ist immer der dreijährige Schnitt, der genommen wird. Dadurch verschiebt sich das Basisjahr immer um ein Jahr. Deshalb gibt es beim Ertrag pro Kopf immer Veränderungen.

4. Bau und Umwelt (S. 11 + 12)

Bruno Vanoni (GFL): S. 12, Bauten in Minergie: Wir haben erfreut festgestellt, dass die Statistik das erste Mal seit Jahren korrekt dargestellt ist. Bis jetzt hat man immer nur zwei Kategorien gezeigt, private Gebäude und gemeindeeigene Gebäude. Das hatte zur Folge, dass bei den privaten Gebäuden auch diejenigen des Bundes und des Kantons mitgezählt wurden. Die korrekte Darstellung wurde letztes Jahr auch von der GPK gewünscht, wir danken dass das nun gemacht worden ist. Die Zahlen zeigen, dass Zollikofen in Bezug auf Minergieförderung nicht so gut da steht, wie man es in den letzten Jahren immer wieder gesagt hat. Wenn es um Minergieförderung geht, geht es generell um Energiesparen und effizienten Energieeinsatz. Im Energierichtplan wurde eine "beachtliche" Minergiefläche in Zollikofen festgestellt. Man hat das in Zusammenhang gebracht mit der Förderung des Minergiestandards der Gemeinde. Jetzt sehen wir, dass fast die Hälfte der erreichten Fläche nichts mit der Gemeindepolitik zu tun hat, sondern mit der Vorbildfunktion von Bund und Kanton, die sie mit ihren Gebäuden wahrnehmen. Sie bauen vielfach nicht bloss im Minergie-Mindeststandard, sondern erfüllen auch höhere Standards wie Minergie-P oder gar Minergie-P-Eco. Im Faktenblatt der Energiestadt Zollikofen wird behauptet, Zollikofen verfüge seit Ende 2013 über eine beachtliche Minergiefläche von 100'000 m² - von diesem Ziel sind wir auch fünf Jahre später entfernt. Was lernen wir daraus: Die Anstrengungen verstärken, damit auch wahr wird, was auf dem Papier geschrieben wird.

5. Tiefbau, Ver- und Entsorgung (S. 13 + 14)

Andreas Buser (gfp): Ich habe gesehen, dass der expandierte Polystyrol, landläufig als Sagem bezeichnet, im Jahr 2017 nicht mehr angenommen wurde an den Sammelstellen. Erstens, warum ist das so und zweitens, wird das Material bei der neuen Mehrzwecksammelstelle wieder angenommen?

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Wir nehmen diese Frage so entgegen.

6. Bildung (S. 15 + 16)

GPK-Sprecher Jürg Jenni (GFL): S. 15, untere Tabelle, 9. Sek: Ist die Klassengrösse (zweimal 29 SchülerInnen) korrekt?

Gemeinderätin Sabine Huber-Spari (FDP): Dort ist ein Fehler passiert. Stichtag war im September und bei der 9. Sek sind es noch zwei Klassen. Im Sommer verlässt ja jeweils ein Teil der Schülerinnen und Schüler die Schule, weil sie ins Gymnasium wechseln. Es waren nicht 58 Schüler, sondern 35, das gibt eine durchschnittliche Klassengrösse von 17,5.

7. Soziales und Gesundheit (S. 17 - 20)

GPK-Sprecher Jürg Jenni (GFL): S. 19: Es wird empfohlen, die Tabelle im nächsten Jahr gleich zu gestalten wie die anderen (Spalte 2017 und 2016).

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Wir kommen zum Umsetzungsprogramm.

Marceline Stettler (GFL): S. 2, Punkt 2: Wir haben eine positive Bemerkung. Eltern, die ihre fremdsprachigen Kinder nicht angemeldet haben, wurden nochmals gemahnt und darauf hingewiesen, dass das wichtig ist. So konnten fünf zusätzliche Anmeldungen eingeholt werden.

Toni Oesch (fdU): 2.3, Abfall: Da heisst es "Mitarbeitende des Werkhofs". Das ist eigentlich passé oder?

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Da geht es nicht nur um die Mehrzwecksammelstelle. Wir haben nicht den ganzen Werkhof ausgelagert, der bleibt. Die Mitarbeitenden pflegen weiterhin den öffentlichen Raum.

Bruno Vanoni (GFL): Den Werkhof-Mitarbeitern möchten wir ein Kränzchen winden. Sie gehen auch am Samstagmittag noch in den Einsatz um beim Ziegeleimärit die übervollen Papierkörbe zu leeren. Wir haben auch festgestellt, dass gerade in den Sommerwochen an der Aare die Abfallkörbe schon am Samstag überfüllt sind. Mein Anliegen ist es nicht, die Werkhof-Mitarbeiter auch am Samstag dorthin zu schicken, sondern auf ein altes Postulat, das man einmal überwiesen und als erledigt abgeschrieben hat, zurückzukommen. Dort ging es darum, an neuralgischen Orten grössere Behälter aufzustellen. Bei der Abschreibung hat es geheissen, man habe an zwei Orten grössere Abfallbehälter installiert und weitere Orte seien in Planung. Ich fände das zum Beispiel im Weiher in der Nähe des Pfadiheims gut.

Gemeinderat Peter Traber (SP): Besten Dank für den Input, wir nehmen das mit und werden es mit den Spezialisten anschauen, ob wir etwas optimieren können.

Toni Oesch (fdU): 2.4: Sichere und kindergerechte Schulwege schaffen. Ich habe gerade einen neuralgischen Punkt behandelt mit einer Delegation des Gemeinderats. Die Ausfahrt vom Heckenweg in die Schäfereistrasse, die sehr prekär ist, wenn jemand mit einem Elektrovélo lautlos um die Ecke kommt. Ich bin Daniel Bichsel dankbar, dass wir dort eine Lösung gefunden haben.

Bruno Vanoni (GFL): 3.1: Verschiedene Massnahmen sind im Umsetzungsprogramm nicht erfüllt, weil die Ortsplanungsrevision mit den Richtplänen noch nicht genehmigt ist. Wir hatten den Eindruck, dass die Richtpläne und die Ortplanungsrevision in der Vorprüfung gut beurteilt wurden, so dass wir mit einer Genehmigung rechnen können. Wir hoffen, dass die Zeit, bis die Genehmigung vorliegt, genutzt wird, um Vorbereitung zu treffen für verschiedene Massnahmen, die zurückgestellt wurden aufgrund der fehlenden Genehmigung. Konkret meinen wir zum Beispiel das Parkplatzbewirtschaftungskonzept oder die Projektdefinition für die Überbauungsordnung Aareraum und vor allem die Umsetzung des Richtplans Landschaft. Da geht es ja darum, ein Reglement zu erarbeiten, das neu auch Aufwertungsmassnahmen für Natur und Landschaft fördern können soll. Das Reglement ist uns zur Behandlung im GGR in diesem Jahr angekündigt worden und wir hoffen, dass wir es in einer der nächsten Sitzungen behandeln können. Wir wären aber auch froh, wenn man schon im Budget für das nächste Jahr Mittel dafür einstellen würde. Wir hatten jetzt zwei Jahre in diesem Bereich keine Mittel. In der Umfrage, die durch das Umweltrating unter den Gemeinden gemacht wurde, hat Zollikofen angegeben, Fr. 16'000.00 seien im Budget für den Naturschutz eingestellt. Es war weder im Budget 2017 noch im Budget 2018 etwas eingestellt wegen der Lücke zwischen dem alten Reglement, das nicht mehr gilt und dem neuen, das es noch nicht gibt. Wir ersuchen den Gemeinderat deshalb, für das nächste Jahr nach zweijäh-

rigem Unterbruch wieder einen Betrag ins Budget aufzunehmen für die Unterstützung von Massnahmen zur Umsetzung des Richtplans Landschaft.

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Bruno Vanoni hat das richtig ausgeführt, wir müssen auf die kantonale Genehmigung warten. Wir haben erste Überlegungen gemacht. Ihr könnt euch aber auch vorstellen, wenn man drei Jahre an einer so umfassenden Ortsplanung arbeitet, es manchmal auch noch andere Sachen gilt abzuarbeiten, die in dieser Zeit ein bisschen ins Hintertreffen geraten sind. Aber die Parkplatzbewirtschaftung und das Beitragsreglement sind zu oberst auf der Pendenzenliste. Mit der Frage, ob wir es bereits im Budget 2019 aufführen sollen oder nicht, wird sich der Gemeinderat anlässlich der Budgetberatung auseinandersetzen müssen. Dort ist einfach immer die Frage, ob man schon etwas vorweg nimmt, weil man das Reglement inhaltlich noch nicht beraten hat. Will man damit schon einen ersten Trend angeben oder nicht, da sind wir in einem Spannungsfeld. Das Reglement muss sowieso vom GGR genehmigt werden. Deshalb sind wir eigentlich der Auffassung, dass wir auch einen Nachkredit beschliessen lassen könnten. Aber wir werden das in die Budgetberatung einfließen lassen.

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Wir kommen zur Abschreibung der parlamentarischen Vorstösse.

Motion Markus Dietiker (SP) und Mitunterzeichnende betreffend "Mehr bezahlbare Wohnungen und faire Mietverhältnisse in der Gemeinde Zollikofen dank Offenlegung des vorherigen Mietzinses"

Markus Dietiker (SP): Die SP Zollikofen ist über die Antwort des Regierungsrats des Kantons Bern sehr enttäuscht. Er ist nicht bereit, den Mietenden in Zollikofen ein gutes Instrument gegen steigende Mieten bei Mieterwechsel zu geben. Aus der Antwort des Regierungsrats ist ersichtlich, dass es Gründe für zusätzlichen administrativen Aufwand gibt. Es generiere einen Mehraufwand für die Vermieter und Verwaltung. Die Wirkung der Massnahme wird in Frage gestellt. Ich werde den Eindruck nicht los, dass der Regierungsrat Angst davor hat, dass die Vormieten offengelegt werden müssen. Auf bürgerlicher Seite wird auch oft davor gewarnt, dass die Formularpflicht sich negativ auf die Investitionstätigkeit auswirken könne. Das ist schlicht falsch. Mit Liegenschaften kann man immer noch sehr viel Geld verdienen, Wohnungen vermieten ist ein lukratives Geschäft: Vermieterinnen und Vermieter erzielen eine durchschnittliche Rendite von 5 bis 8 %, diese liegt weit über dem Referenzzinssatz. Wer Transparenz schafft, schafft gleichzeitig Vertrauen zwischen Vermietenden und Mietenden. Wer den Mietzins anpasst und berechnete Gründe hat, muss sich nicht davor fürchten, dass der Mietzins angefochten wird. Vielmehr hat die Offenlegung der Vormiete sogar eine präventive Wirkung: Wer transparent und ehrlich ist und keinen missbräuchlichen Mietzins verlangt, stösst auf höhere Akzeptanz bei den Mietenden und erspart sich ein Verfahren.

Gehen wir auf die einzelnen Punkte des Regierungsrats ein.

1. Es sei kein geeignetes Instrument, Wohnungsmangel zu bekämpfen, da sie das Wohnungsangebot nicht verändert. Es sei kein Ersatz für gezielte Wohnbauförderung.

Erinnern wir uns an das Ziel der Motion. Bei jedem zweiten Mietendenwechsel wird der Mietzins ungerechtfertigt erhöht. Dies führt zu einer Erhöhung des Mietzinsniveaus in der Siedlung und im Quartier. Mit dieser Motion soll bei Mietendenwechsel die Vormiete in Zollikofen offengelegt werden. Es ist ein geeignetes Instrument, um bezahlbaren Wohnraum und faire Mietverhältnisse zu schaffen, beziehungsweise zu erhalten. Um das Wohnungsangebot zu verändern und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, braucht es eine gezielte Förderung von gemeinnützigen Wohnbauträgern wie Wohnbaugenossenschaften, doch auf nationaler und kantonaler Ebene wurden mehrere Vorstösse abgelehnt, welche eine gezielte Wohnbauförderung erreichen wollten.

2. Die Mietzinsdämpfende Wirkung sei nicht nachgewiesen.

Verschiedene Studien und Erfahrungen aus anderen Kantonen haben gezeigt, dass die Offenlegung der Vormiete mittels Formular ein leicht umsetzbares und wirksames Instrument

ist. Schon heute kennen mehrere Kantone die Formularpflicht. Im Kanton Zürich wurde die Formularpflicht 2013 wieder eingeführt. Die Formularpflicht hat zu einer markanten Erhöhung der Anfechtungsfälle geführt. Diese wurden meistens aussergerichtlich beigelegt und die Mietzinse gesenkt. Dies zeigt klar auf, dass die Formularpflicht eine mietzinsdämpfende Wirkung hat.

3. Die Einführung der Formularpflicht ist auf eidgenössischer und kantonaler Ebene gescheitert.

Da Kantone aber das Recht haben, die Formularpflicht für Teile des Kantonsgebiets einzuführen, ist es sehr wohl politisch korrekt, dass von der Wohnungsnot betroffene Stadt- und Agglomerationsgemeinden beim Regierungsrat vorstellig werden und um eine Einführung bitten. Als Gemeinde haben wir in vielen Bereichen das Recht auf Gemeindeautonomie. Wo bleibt diese, wenn wir einfach zweimal leer schlucken und sagen "der Kanton und der Bund haben sich schon entschieden"?

4. Für gebietsweise Einführung der Formularpflicht sind keine stichhaltigen Argumente ersichtlich und in Zollikofen herrscht keine Wohnungsnot.

Der Mietwohnungsmarkt unterliegt Zyklen. Derzeit zeichnet sich schweizweit eine leichte Entspannung ab. Aber wie die Vergangenheit zeigt, kann sich dies rasch wieder ändern. Ungeachtet dessen dürfte in den Stadt- und Agglomerationsgemeinden der Druck noch lange anhalten, wo immerhin 55 Prozent der Bevölkerung wohnen. In Zürich besteht die Formularpflicht zur Offenlegung der Vormiete erst, wenn die Leerwohnungsziffer unter 1.5 % ist. Die Gemeinde Zollikofen würde mit ihrer Leerwohnungsziffer von 1,43 % somit darunter fallen. Zollikofen wird ja wachsen und wäre auf die Zukunft gut vorbereitet. Bei dieser Gelegenheit will ich erwähnen, dass dieser Vorstoss in Bern am 17. Mai 2018 mit 43 Ja- zu 14 Nein-Stimmen und einer Enthaltung angenommen wurde. In Bern herrscht Wohnungsnot und auch dort gelten die gleichen Argumente für die Offenlegung der Vormiete. Wir gehen somit davon aus, dass der Regierungsrat die Offenlegung der Vormiete in der Stadt Bern für obligatorisch erklären wird.

Beschluss

1. Der Jahresbericht 2017 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Berichterstattung 2017 zum Umsetzungsprogramm 2017 – 2021 wird zur Kenntnis genommen.
3. Die Motion Stefan Stock (FDP) und Mitunterzeichnende betreffend "Zwingende Bau-recht-Variante für Gemeindeland-Geschäfte" wird als erledigt abgeschrieben.
4. Die Motion Markus Dietiker (SP) und Mitunterzeichnende betreffend "Mehr bezahlbare Wohnungen und faire Mietverhältnisse in der Gemeinde Zollikofen dank Offenlegung des vorherigen Mietzinses" wird als erledigt abgeschrieben.
5. Das Postulat Jürg Jenni (parteilos/GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen" wird als erledigt abgeschrieben.
6. Das Postulat SP-Fraktion betreffend "Kosteneinsparungen durch Koordination des öffentlichen Beschaffungswesens in der Kernregion Bern" wird als erledigt abgeschrieben.

Für getreuen Protokollauszug

ZENTRALE DIENSTE